



GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT WIRTSCHAFTSREFORMPROGRAMM SOZIALSTATISTIK

ANALYSE	
»Mühen der Ebene« contra »Glamour-Feminismus« Die gegenwärtige Debatte um Frauenbilder und Geschlechtergerechtigkeit Von Dorothee Marth und Andrea Priebe, Jena	2
TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Geschlechtergerechtigkeit	6
KOMMENTAR	
Das Wirtschaftsreformprogramm der ukrainischen Regierung Von Matthias Morgner, Kiew/Berlin	9
STATISTIK	
Aktuelle Sozialdaten	11
Umfragen zur Entwicklung der sozialen Lage	12
CHRONIK	
Vom 8. bis zum 22. Juni 2010	14
LESEHINWEIS	
Polen-Analysen Nr. 72 zur Östlichen Partnerschaft der EU	15

*Die Ukraine-Analysen werden vom
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.*

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Analyse

»Mühen der Ebene« contra »Glamour-Feminismus«

Die gegenwärtige Debatte um Frauenbilder und Geschlechtergerechtigkeit

Von Dorothee Marth und Andrea Priebe, Jena

Zusammenfassung

Trotz einer langen feministischen Tradition gilt die Ukraine infolge kolonialer, totalitärer und kommunistischer Erfahrungen gegenwärtig nicht als Musterbeispiel funktionierender Geschlechtergerechtigkeit. Mit der Artikulation frauenpolitischer Forderungen und der Neu- bzw. Wiederformierung feministischer Gruppen tun sich die Ukrainerinnen seit dem Zerfall der Sowjetunion schwer. Der feministische Diskurs ist vorrangig akademischer Natur, gesellschaftlich aktive Gruppen agieren ohne starkes Mandat. Mit der Gruppe FEMEN etabliert sich seit 2008 eine neue frauenpolitisch bewegte Generation, die mit alten Paradigmen bricht und die Geschlechterdebatte vorantreibt.

Einleitung

Obwohl mit Julia Timoschenko bis März 2010 eine Frau an der Spitze der Regierung stand und ungeachtet vermehrter Medienberichte über junge, leistungs- und aufstiegsorientierte Ukrainerinnen »auf der Überholspur«, gilt die Ukraine nicht gerade als Musterbeispiel funktionierender Geschlechtergerechtigkeit. Der Anteil weiblicher Abgeordneter liegt nach der letzten Parlamentswahl 2007 unter 8 %, Frauen verdienen im Durchschnitt 27,6 % weniger als Männer. Zwar sind knapp über 50 % der ukrainischen Studierenden weiblich, doch traditionelle Beziehungsmuster sind so prägend, dass das Sozialprestige von Frauen vor allem durch eine Ehe (das durchschnittliche Heiratsalter liegt bei 23 Jahren) beträchtlich erhöht wird.

Die Unterentwicklung der Bürgergesellschaft infolge kolonialer, totalitärer und kommunistischer Erfahrungswelten kann durchaus als eine wichtige Erklärungsvariable für die gesellschaftlich akzeptierte Ablehnung eines Feminismus westlicher Prägung und eines unterschweligen Machismos herangezogen werden. Eine Wechselwirkung zwischen umfassender Demokratisierung und der Pluralisierung sozial anerkannter Identifikationsmodelle ist schließlich offensichtlich.

Frauenbewegung im Spiegel der Geschichte

Vielleicht gerade wegen noch immer dominierender konservativer Deutungskulturen hinsichtlich des Geschlechterverhältnisses betonen ukrainische Wissenschaftlerinnen daher in der Gegenwart die lange und facettenreiche feministische Tradition ihres Landes, die sich beispielsweise in einem besonderen Erbrecht (»Materisna«) oder dem Scheidungsrecht für Frauen im Kosaken-Hetmanat des 17. und 18. Jahrhunderts zeigt. Ausdrücklich öffentlich thematisiert wurde weibliche Emanzipation seit den 1830/40er Jahren und war in organisier-

ter Form seit den 1880ern als Teil der Nationalbewegung vor allem in der Westukraine zu beobachten. Im Vergleich zu den westeuropäischen Frauenbewegungen, die sich größtenteils erst in der Spätphase des 19. Jahrhunderts formierten, ist damit für den ukrainischen Raum in der Tat eine frühe Artikulation von Gleichheitsidealen zu konstatieren.

Die Forderungen der ukrainischen Frauenbewegung – und hier finden sich doch deutliche Parallelen zum Westen – umfassten vor allem das Recht auf Bildung und damit verbunden den Zugang zu höheren Schulen und Universitäten. Während Schriftstellerinnen oder Journalistinnen wie Lesja Ukrainka, Olga Kobiljanska und insbesondere Natalija Kobrinska auch in politischer und sexueller Hinsicht mit der Darstellung »natürlicher« Rollenzuschreibungen brachen und den feministischen Diskurs so um ausgesprochen avantgardistische Positionen bereicherten, erschloss sich die Mehrheit der gesellschaftlich engagierten Frauen gegen Ende des 19. Jahrhunderts jedoch zunächst die Wohlfahrtspflege als neues Betätigungsfeld. Durch die Herkunft der Protagonistinnen aus der gebildeten Elite – welche das aufkommende Nationalbewusstsein maßgeblich trug – hatte die ukrainische Frauenbewegung zudem eine stark patriotische Fokussierung. Daraus resultiert auch das noch heute existierende Bild der Frau als Bewahrerin und Schützerin der Nation – ähnlich wie das für die polnische Idealisierung der Mutter Polin konstatiert werden kann.

Die sozialistische Staatsdoktrin, die spätestens mit der Gründung der Sowjetunion 1922 auch in der Ukraine für die Geschlechterbilder handlungsleitend war, hat die wirtschaftliche und darüber auch die persönliche Emanzipation der Frauen dynamisiert. Argumente, wie das 1919 eingeführte Frauenwahlrecht, eine vergleichsweise hohe Frauenerwerbsquote von 67 % oder

die Legalisierung der Abtreibung bereits 1920 sprechen für ein emanzipiertes Frauenbild, das in der Realität jedoch nicht auf einem progressiven, d. h. gleichberechtigten Rollenverständnis basierte. Inzwischen ist unstrittig, dass dahinter weniger die konsequente Verwirklichung des kommunistischen Gleichheitspostulats als vielmehr die Durchsetzung wirtschaftlicher Notwendigkeiten stand. Bezeichnenderweise waren Frauen in der politischen Sphäre nie adäquat vertreten. Die Aggregation und Artikulation feministischer Gedanken wurde zudem – weil die Frauenfrage offiziell als gelöst galt – erst ignoriert, unter Stalin politisch unterdrückt beziehungsweise nach dem 2. Weltkrieg nicht mehr wesentlich gefördert.

Frauen im Spiegel der Transformation

Die politische und wirtschaftliche Transformation führte nach dem Zerfall der Sowjetunion auch in der Ukraine zu massiven Veränderungen der sozioökonomischen Stellung von Frauen und ihres gesellschaftlich kolportierten Rollenbildes. Dass Frauen zumindest in den Anfangsjahren die »Verliererinnen der Transformation« waren, ist von diversen Forscherinnen hinreichend belegt worden: Frauen waren ungleich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen, die flächendeckende Kinderbetreuung als wesentliche Voraussetzung ihrer Unabhängigkeit wurde enorm eingeschränkt. Der gesellschaftliche Konservatismus, der in der Ukraine zudem mit einer erneuten Auseinandersetzung um die Frage des nation building einherging, traf die Frauen insbesondere in ihren persönlichen Freiheiten – eine Entwicklung, die sich auch in anderen Staaten Mittel- und Osteuropas beobachten lässt.

Mit der Artikulation frauenpolitischer Forderungen und der Neu- bzw. Wiederformierung feministischer Gruppen tun sich die Ukrainerinnen seither schwer. Nach 1991 war die Erinnerung an die Frauenbewegung des 19. Jahrhunderts im kollektiven Gedächtnis der Ukraine kaum noch präsent. Die über Jahrzehnte behauptete Gleichstellung hat Anknüpfungspunkte an eine »neue Frauenbewegung« in zweifacher Hinsicht erschwert. Zum einen wurden emanzipatorische Forderungen wegen des Ererbten – und auch im Vergleich zum Westen – hohen Prozentsatzes an Frauenerwerbstätigkeit als nicht mehr notwendig empfunden. Zum anderen stand die Erfahrung der Dreifachbelastung von Beruf, Familie und Hausarbeit im Widerspruch zur offiziell ausgerufenen Gleichberechtigung in der Sowjetunion und förderte nach deren Ende die Ablehnung dieses als scheinheilig empfundenen Credo. Entsprechend ist »Feminismus« heute in der Ukraine meist

negativ konnotiert, wird zudem in Analogie zur westlichen Frauenbewegung mit »Anti-Weiblichkeit« gleichgesetzt und als unvereinbar mit dem gängigen, oft religiös überhöhten Weiblich- und Mütterlichkeitsideal wahrgenommen.

Frauenbewegung als Spiegel der Zivilgesellschaft

Daher verwundert es nicht, dass der gegenwärtige feministische Diskurs in der Ukraine vor allem auf akademischer Ebene mit einer Tendenz zur Theoretisierung und ideengeschichtlichen Reflexion stattfindet. Die politisch aktiven Gruppen innerhalb der Frauenbewegung sind klein und durch die Herkunft der zumeist älteren Aktivistinnen aus gebildeten, städtischen Milieus wenig in der Gesellschaft verankert. Ihre Arbeit konzentriert sich auf politische Frauenförderung, Bildungsprogramme, Rechtsberatung und die Unterstützung von Frauen in Krisensituation (Frauenhäuser etc.). Eine Fokussierung der Initiativen auf die urbanen Ballungsgebiete um Kiew, Lemberg, Odessa und Charkiw macht diese nicht flächendeckend wirksam.

Die mangelhafte finanzielle wie organisatorische Unterstützung genderspezifisch agierender NGOs durch andere politische und wirtschaftliche Akteure in der Ukraine führt zudem zu einer Abhängigkeit von ausländischen Institutionen und deren Förderprogrammen. Arbeitsschwerpunkte werden so nicht primär nach tatsächlicher Sachlage gesetzt, sondern entsprechend ihrer Förderfähigkeit konstruiert (sogenanntes »grant eating«). Wie auch von ukrainischen Gender-ExpertInnen bestätigt wird, geht damit ein Konkurrenzkampf der Frauenorganisationen um diese »Töpfe« einher, der ihre Durchsetzungskraft ebenso schwächt wie er die Bandbreite ihres Engagements reduziert. Somit gilt für frauenpolitische Initiativen das gleiche Dilemma, das sich auch für viele andere zivilgesellschaftliche Akteure in der Ukraine durch die vornehmlich externe Förderung stellt. Der Einfluss von Frauenorganisationen auf die gesellschaftliche Sensibilisierung für Geschlechtergerechtigkeit oder auf politische EntscheidungsträgerInnen ist folglich entsprechend gering. Zwar forciert die EU den Gleichstellungsprozess. Doch selbst für eine effektive Kontrolle der Umsetzungen dieser papiernen Erklärungen fehlt es der ukrainischen Gender-Lobby an Druck- oder Anreizmöglichkeiten.

Liebt der FEMENismus Spiegel?

Unter diesen schwierigen Bedingungen etabliert sich mit der Gruppe FEMEN allerdings seit zwei Jahren eine Bewegung, die durch einzigartige Aktions- und

Protestformen sowie eine relativ professionelle internationale Vernetzung im Web 2.0 ein provozierendes Frauenbild präsentiert und neue Standards gesellschaftlicher Mobilisierung setzt. Seit 2008 ist die Gruppe FEMEN unter der Führung der 25-jährigen Hanna Huzol vorrangig in Kiew aktiv. Ihre Organisationsstruktur ist als fluide zu bezeichnen.

Die in der internationalen Presse oft unspezifisch angegebenen ca. 15.000 AnhängerInnen unterteilen sich de facto in drei Rangstufen. Zur ersten Kategorie der eigentlichen Mitglieder zählen nach Aussagen der Gruppe ca. 300 junge Frauen, vorrangig Studentinnen, die als aktiver Kern regelmäßig die Aktionen von FEMEN konzipieren und durchführen. Einen zweiten Kreis stellen Personen mit Multiplikationsfunktion (z. B. JournalistInnen) dar – darunter, wie FEMEN betont, auch feministisch gesinnte Männer. Die Größe dieser Gruppe ist zahlenmäßig schwer zu erfassen. Zur numerisch größten Gruppe zählen die lediglich lose mit FEMEN verkoppelten virtuellen UnterstützerInnen, die sich über die verschiedenen sozialen Netzwerke des Internets, z. B. über twitter.com, myspace.com oder vkontakte.ru pro FEMEN positionieren. Da sich FEMEN bislang offiziell nicht als NGO registriert hat, ist diese Eigendarstellung des UnterstützerInnenkreises jedoch wenig belastbar. Nach Recherchen der Autorinnen erscheint eine Größenordnung von einem Zehntel der genannten Zahlen realistischer.

Das derzeitige Alleinstellungsmerkmal von FEMEN innerhalb der ukrainischen Frauenbewegung besteht in ihren vergleichsweise innovativen und provokanten öffentlichen Auftritten mit hohem Wiedererkennungswert. Kaum bekleidet und in bewusst aufreizenden Posen präsentieren die Aktivistinnen brisante politische Statements an zentralen Plätzen wie dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz. Die gezielte Inszenierung von Körperlichkeit hat dabei die Funktion eines »Anspiels«, das die Aufmerksamkeit des Publikums erregen soll und die geäußerte Kritik dann umso desavouierender wirken lässt. In dieser Art gestaltete FEMEN eine langfristige Kampagne unter dem Titel »Die Ukraine ist kein Bordell«, in der die Frauen in der Aufmachung von Prostituierten auf die relevante Problematik des Sextourismus in der Ukraine und auf die Bedeutung der Fußball-EM 2012 in diesem Kontext hinwiesen. In weiteren Happenings haben die Frauen sexuelle Belästigung von Studentinnen an Hochschulen oder die Nichtberücksichtigung von Frauen in der neuen Regierung Janukowitsch problematisiert.

Trotz dieses unverkennbar frauenpolitischen Fokus widmen sie sich auch anderen Themen wie der poli-

tischen Instrumentalisierung der Schweinegrippe im Herbst 2009, der geringen Kultiviertheit der politischen Elite oder der Manipulation der Präsidentschaftswahlen durch Stimmenkauf. Da die Gewährleistung von Geschlechtergerechtigkeit in einem hohen Maße von demokratischen Strukturen abhängt, spricht diese doppelte Frontstellung von FEMEN für einen vorausschauenden und umfassenden Ansatz ihres Engagements.

Während westliche Medien über FEMEN aufgrund ihres unkonventionellen Vorgehens in der Regel mit positivem Tenor berichten, ist die Gruppierung unter ukrainischen Gender-ExpertInnen umstritten. Die Hauptkritik richtet sich gegen die bewusste Sexualisierung politischer Botschaften, die dem Ziel tatsächlicher Geschlechtergerechtigkeit aufgrund der Reproduktion gängiger Klischees nicht förderlich sei. Indes behauptet FEMEN, diese Klischees gerade wegen ihres kalkulierten und spielerischen Einsatzes zu überwinden und so ein zeitgemäßes, ausgeprägt selbstbewusstes Frauenbild zu vertreten.

Die Leistung notwendiger gesellschaftlicher Sensibilisierung wird FEMEN zwar zugesprochen. Dennoch wird zunehmend bemängelt, FEMEN verkörpere lediglich sensationsorientierten, naiven »Glamour-Feminismus« und besetze Themen allzu pauschal, statt langfristig politikbegleitendes Lobbying in konkreten Einzelfragen zu betreiben. Verstärkt wird dieser Vorwurf durch die tatsächlich indifferente, wenn nicht gar widersprüchliche Selbstdefinition der Gruppe als feministische Organisation. Die dem Anschein nach unreflektierte Nutzung eines spezifischen (Kampf-)Vokabulars ist vielleicht nur ein Hinweis auf die fehlenden Konturen dieser Begrifflichkeiten in der Ukraine.

Unklar ist zudem die Finanzierung der Gruppe. Zwar betonen die Frauen dezidiert, Spenden politischer Institutionen nicht anzunehmen, geben ihre Spenderdatei im Detail jedoch nicht Preis. Dadurch rufen sie Zweifel an ihrer Unabhängigkeit hervor und laufen Gefahr, ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben. Allerdings kann völlige Offenheit hinsichtlich des eigenen finanziellen Potentials im spezifischen Aktionsumfeld des demokratisch wenig konsolidierten postsowjetischen Raums kontraproduktiv sein, und der Maßstab größtmöglicher finanzieller Transparenz im Dritten Sektor ist daher (vielleicht) nicht anwendbar.

Zwischenbilanz

Die bisherige Beschränkung der Geschlechterfrage auf akademische Zirkel, die wenig verstetigte Kooperation mit frauenpolitischen Organisationen und die unbe-streitbare mediale Attraktivität der Gruppe laden die

Bedeutung von FEMEN möglicherweise ungerechtfertigt auf und überfrachten die Erwartungshaltung an ihr Leistungsvermögen.

Realistisch lässt sich die Arbeit der Gruppe daher wie folgt zwischenbilanzieren: FEMEN ist eine Tochter der Orangen Revolution und nutzt offensiv die verbesserte Gewährleistung der freien Meinungsäußerung – das einzig positiv nachwirkende Erbe jener Wintertage überhaupt. Durch ihre forsche und angriffslustige Besetzung des öffentlichen Raums und die gekonnte mediale »Vermarktung« ihrer Aktionen adressiert FEMEN ihre Botschaft an einen anderen und möglicherweise auch breiteren AdressatInnenkreis als es die VertreterInnen der Gender Studies oder lokale Initiativen westlich orientierter Eliten vermögen. Ihre ukrainische Variante eines auch im Westen zu beobachtenden Pop-Feminismus ist gewiss keine Alternative zu den »Mühen der Ebene« im politischen Tagesgeschäft, kann eine Diskussion des Geschlechterverhältnisses aber stimulieren bzw. entkrampfen und die unverzichtbare Arbeit im

back office so sinnvoll ergänzen. Dass sich FEMEN, wie beispielsweise entsprechende Konferenzteilnahmen belegen, offen für den internationalen Erfahrungsaustausch zeigt und angibt, finanzielle Rücklagen aus Spendengeldern zu bilden, kann als Indiz für ein dauerhaft angelegtes Engagement der Gruppe gelten.

Abzuwarten bleibt, ob FEMEN angesichts ihrer kaum institutionalisierten Organisationsform, ihres gerade unter FrauenrechtlerInnen umstrittenen Auftretens sowie wegen der skizzierten allgemeinen Schwäche des Dritten Sektors der qualitative Entwicklungssprung von originellen Provokateurinnen hin zu gesellschaftlich relevanten und ausdauernden Akteurinnen der ukrainischen Bürgergesellschaft in Sachen Geschlechtergerechtigkeit gelingt. Sollte dies nicht der Fall sein, so bliebe FEMEN das Verdienst, dem Image von Frauenfragen ein wenig Glanz verliehen und die gesellschaftliche Distanz zur Beschäftigung mit der Geschlechterdebatte dadurch etwas verringert zu haben.

Über die Autorinnen:

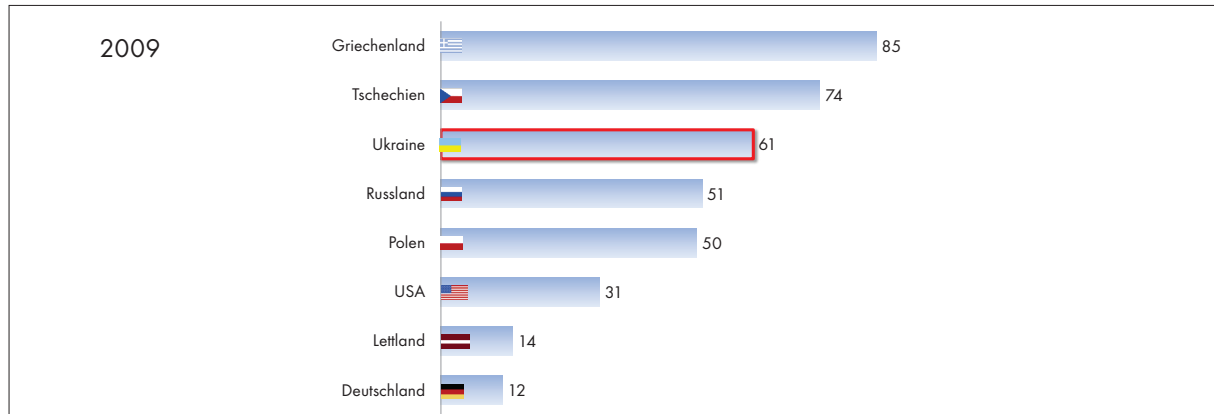
Dorothee Marth, M.A. studierte Politikwissenschaft, Interkulturelle Wirtschaftskommunikation und Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Andrea Priebe, M.A. studierte Politikwissenschaft, Osteuropäische und Neuere Geschichte.

Die Ausführungen basieren auf den Ergebnissen einer Studienreise nach Kiew, die beide 2009 als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen am Institut für Politikwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena organisierten und die sich mit dem Demokratisierungspotenzial der ukrainischen Bürgergesellschaft beschäftigte.

Links:

<http://www.myspace.com/femenukraine>

<http://www.genderstudies-ukraine.org/>

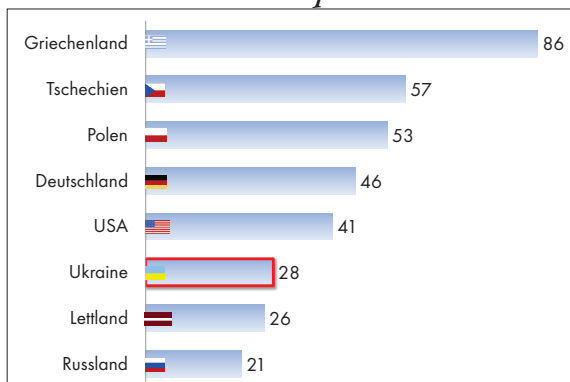
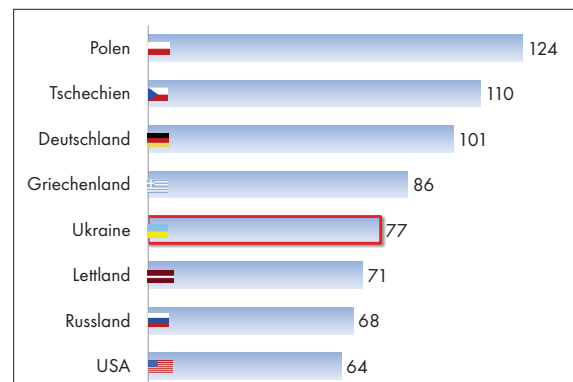
Tabellen und Grafiken zum Text
Geschlechtergerechtigkeit
Platzierung im Global Gender Gap Index (Gesamtwertung, 2006–2009)


	2006	2007	2008	2009
Deutschland	5	7	11	12
Lettland	19	13	10	14
USA	30	31	27	31
Polen	44	60	49	50
Russland	49	45	42	51
Ukraine	48	57	62	61
Tschechien	53	64	69	74
Griechenland	69	72	75	85

Anmerkung: Der Bericht misst die Geschlechterklüfte in den vier kritischen Bereichen der Ungleichheit zwischen Männern und Frauen: wirtschaftliche Partizipation und Chancengleichheit (Ukraine Platz 33), Bildungsniveau (Platz 31), politische Teilhabe (Platz 117) sowie Gesundheit und Lebenserwartung (Platz 41). 2009 wurden 134 Länder bewertet; Platz 1 erhält das Land mit dem besten Wert für Gleichberechtigung.

Quelle: World Economic Forum: Global Gender Gap Report 2009, S. 8.

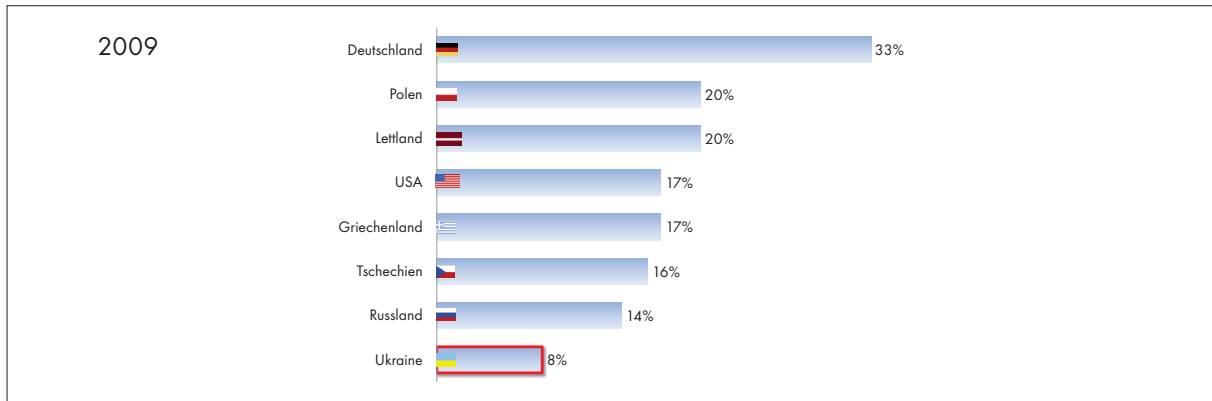
<http://www.weforum.org/en/Communities/Women%20Leaders%20and%20Gender%20Parity/GenderGapNetwork/index.htm>

Platzierung im Global Gender Gap Index in ausgewählten Kategorien (2009):
Erwerbsquote

Einkommensunterschiede


Quelle: World Economic Forum: Global Gender Gap Report 2009.

<http://www.weforum.org/en/Communities/Women%20Leaders%20and%20Gender%20Parity/GenderGapNetwork/index.htm>

Anteil von Frauen im Parlament (2000–2009)

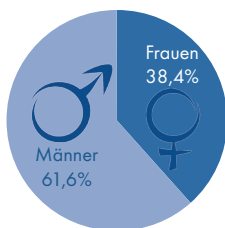


	2000	2005	2007	2008	2009
Ukraine	8 %	5 %	9 %	8 %	8 %
Deutschland	31 %	33 %	32 %	32 %	33 %
Tschechien	15 %	17 %	16 %	16 %	16 %
Griechenland	k. A.	13 %	13 %	15 %	17 %
Lettland	17 %	21 %	19 %	20 %	20 %
Polen	13 %	20 %	20 %	20 %	20 %
Russland	8 %	10 %	10 %	14 %	14 %
USA	13 %	15 %	16 %	17 %	17 %

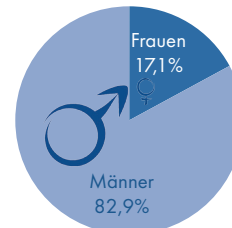
Quelle: United Nations Statistics Division, <http://unstats.un.org/unsd/demographic/products/indwm/tab06a.htm>

Ausgewählte Titel und Berufsgruppen

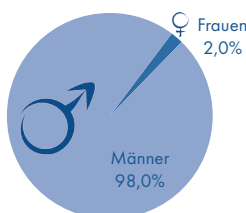
kandidat nauk (*Doktor*)



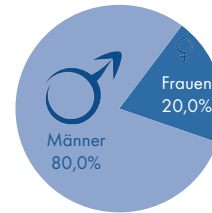
doktor nauk (*Dr. habil.*)



Großunternehmer/in

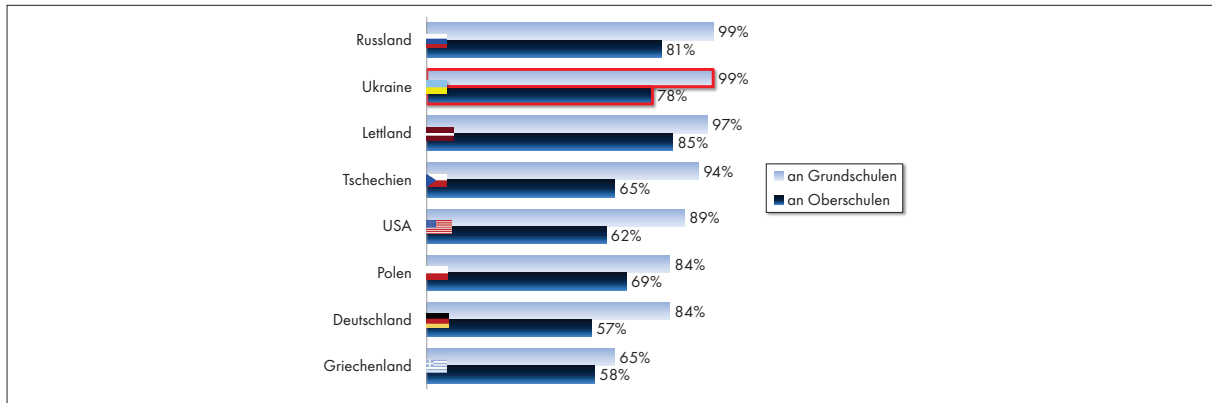


Klein- und Mittelständler/in



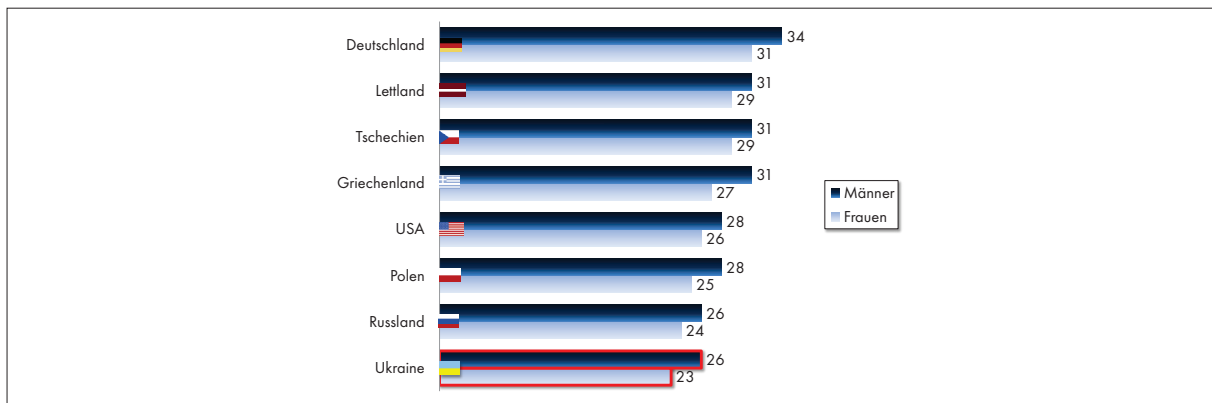
Quelle: Ministry of Ukraine for Family, Youth and Sports / EC-UNDP Equal Opportunities and Women's Rights in Ukraine Programme: UKRAINE. Beijing +15. 15-year review of the implementation of the Beijing Declaration and Platform for Action (1995), 2010, S. 8.

Anteil von Frauen am Lehrpersonal



Quelle: United Nations Statistics Division, Zahlen von 2006 bis 2008, <http://unstats.un.org/unsd/demographic/products/indwm/tab4e.htm>

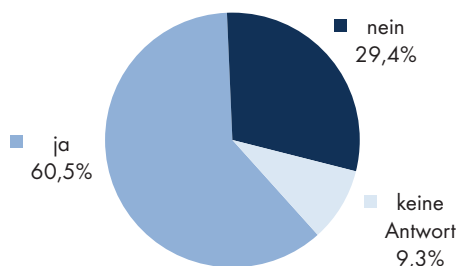
Durchschnittsalter bei der Heirat



Anmerkung: Diese Kategorie, das »singulate mean age at marriage«, gibt kohortenbezogene zusammengefasste Erstheiratsraten an, d.h. wie hoch in der betrachteten Geburtskohorte der Anteil derjenigen Personen ist, die bis zum Alter von 50 Jahren mindestens ein Mal geheiratet haben.

Quelle: United Nations Statistics Division, <http://unstats.un.org/unsd/demographic/products/indwm/tab2b.htm>, Zahlen für Ukraine, Tschechien 2007, Deutschland 2006, Griechenland 2001, Lettland 2008, Polen und Russland 2002, USA 2000.

Glauben Sie, dass in der Ukraine eine Frau die Chance hat Präsidentin zu werden?



Anmerkung: In der gleichen Umfrage sprachen sich 30,5 % für Julia Timoschenko als Präsidentin aus.

Quelle: repräsentative Umfrage des Allukrainischen soziologischen Dienstes vom 27.2. bis 8.3.2008, nach UNIAN, <http://www.unian.net/rus/news/news-241484.html>

Kommentar

Das Wirtschaftsreformprogramm der ukrainischen Regierung

Von Matthias Morgner, Kiew/Berlin

Chronologie

Am 17. März dieses Jahres hat Präsident Viktor Janukowitsch ein Komitee für Wirtschaftsreformen eingesetzt, dem er selbst vorsitzt. Aufgabe des Komitees ist es, die Ukraine aus der wirtschaftlichen Krise heraus und zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung hinzuführen. Die operative Leitung des Komitees liegt bei der Stellvertretenden Leiterin der Präsidentschaftsadministration Irina Akimowa. Die Ökonomin hat einen soliden wissenschaftlichen Hintergrund, arbeitete als Leiterin mehrerer Thinktanks und kann eindeutig als »Reformerin« bezeichnet werden.

Das Komitee formulierte in verschiedenen Arbeitsgruppen detaillierte Reformziele für den Zeitraum 2010 bis 2014. Janukowitsch hat das Programm am 2. Juni der Öffentlichkeit vorgestellt. Im nächsten Schritt soll dieses Programm öffentlich diskutiert und mit konkreten Umsetzungsplänen vervollständigt werden. Der Zeitplan ist ambitioniert – laut Akimowa sollen die Umsetzungspläne Anfang Juli vorgelegt werden.

Das Reformkomitee setzt sich aus führenden Beamten der Präsidentschaftsadministration, dem Ministerpräsidenten und seinen Stellvertretern, dem Außen- und Justizminister, den Vorsitzenden von Haushalts- und Wirtschaftsausschuss des Parlaments sowie Experten aus Wissenschaft und Beratungsorganisationen (Thinktanks) zusammen. Eine konsultierende Rolle der internationalen Organisationen, v. a. der Weltbank und des IWF, war von Beginn an ausdrücklich erwünscht. Ungeachtet der breiten Zusammensetzung des Komitees liegt der Vorsitz der sechs thematischen Arbeitsgruppen – und damit die Verantwortung für die Formulierung der einzelnen Reformziele und -schritte – ausschließlich bei Vertretern der Exekutive. Akimowa betonte, dass sich die Kompetenzen des Komitees auf die Koordination der einzelnen Arbeitsgruppen beschränken.

Inhalt

Das Reformprogramm gliedert sich in die vier Themenbereiche (Volks-)wirtschaftliche Entwicklung, Soziales, (Privat-)Wirtschafts- und Investitionsklima sowie Infrastruktur, Energie und Landwirtschaft. Darüber hinaus existieren zwei weitere Arbeitsgruppen für die Themen Regionalentwicklung und für die rechtlichen und institutionellen Schritte zur Umsetzung der Reformen. Im Einzelnen wurden für die folgenden Themen Reformziele sowie Indikatoren für die Erreichung die-

ser Ziele formuliert: Reform der öffentlichen Finanzen und Steuern, des Finanzsektors und der Fiskalbeziehungen zwischen der staatlichen und lokalen Ebene. Im Bereich Soziales: Reform des Gesundheitssystems, der Rentenversicherung, des Bildungssektors und der sozialen Sicherungssysteme. Für Wirtschaft und Investoren: Deregulierung und Privatisierung, Wissenschaft und Innovation sowie internationale Zusammenarbeit – wobei hier die Öffnung und Kooperation in Richtung Westen genauso betont wird wie die in Richtung Osten. Das letzte Kapitel sieht Reformen im Stromsektor, im Bergbau (Steinkohle), im Öl- und Gassektor, bei den kommunalen Dienstleistungen sowie in der Landwirtschaft vor. Damit umfasst das Reformprogramm tatsächlich sehr viele der anstehenden Aufgaben.

Darüber hinaus gibt es jedoch viele Themen, die in dem Programm nicht erwähnt werden. Dazu zählt der gesamte Bereich des Umweltschutzes, der Arbeitsmarktpolitik, der Reform des Justizwesens sowie die Reform der staatlichen Verwaltung. Während das Fehlen der erstgenannten Themen zwar bedauerlich, aber nicht entscheidend für den Erfolg des Reformprogramms ist, wird die Agenda ohne eine Reform der Verwaltungsstrukturen keine Aussicht auf Erfolg haben. Dieses Problem ist vom Reformkomitee auch erkannt worden und ein entsprechendes Kapitel soll im Herbst nachgereicht werden.

Bei den behandelten Themen werden zum Teil wichtige Aspekte ausgelassen. So findet z. B. die Energieeffizienz keine Erwähnung. Zwar soll der Strommarkt besser reguliert und die Strom- und Gaspreise marktgerecht gestaltet werden, was zu einer Nachfrage nach energieeffizienteren Bauten und Technologien führen kann, eine klare Zielvorgabe in diesem wirtschaftlich wichtigen Bereich fehlt jedoch. Ähnliches gilt für den Bereich Wissenschaft und Forschung, für den allein eine Erhöhung der Finanzierung vorgesehen ist, Schwerpunktbereiche zur gezielten Förderung von Wissenschaft und Innovation aber nicht formuliert werden. Die seit langem überfällige Gesetzgebung zur Antimonopolpolitik fehlt gänzlich.

Bewertung

Ohne Einschränkung positiv zu bewerten ist die Tatsache, dass dieses Programm der erste Versuch seit Jahren ist, Reformen nicht isoliert auf einzelne Bereiche, sondern systematisch anzugehen. Die breite Zusammen-

setzung des Reformkomitees über die drei Regierungsinstanzen (Parlament, Regierung, Präsident) sowie die Einbeziehung auch regierungsunabhängiger Experten gibt einerseits Anlass zur Hoffnung, dass die Reformagenda breiten Rückhalt bei den Eliten des Landes findet. Gleichzeitig birgt die Tatsache, dass die Verantwortung für die Umsetzung des Programms nur bei Vertretern der Exekutive liegt, ein gewisses Risiko, denn deren Kapazitäten sind durch das Tagesgeschäft begrenzt. Auch ist momentan nicht zu erkennen, dass »die Reformer« in der Regierungsmannschaft über das Instrument des Reformkomitees ausreichenden Einfluss gegenüber »den Verwaltern« bekommen haben. Ein weiteres großes Plus des Programms ist die Zuweisung klar definierter Erfolgsindikatoren für jedes Reformfeld, selbst wenn man über die Angemessenheit mancher Indikatoren durchaus geteilter Meinung sein kann. Die erklärte Bereitschaft, das Reformprogramm öffentlich zu diskutieren sollte ebenfalls positiv gewertet werden.

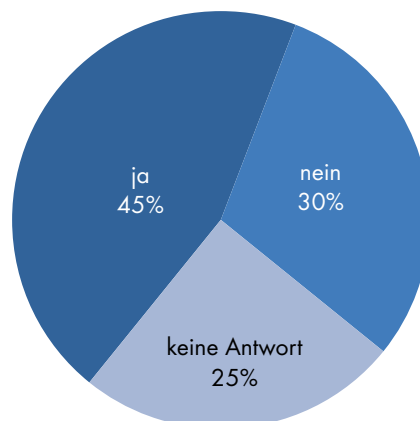
Andererseits mangelt es auch nicht an Gründen zur Kritik des Programms: Das Auslassen (bzw. Nachrei-

chen) der Verwaltungsreform stellt ein fundamentales Problem dar, welches das ganze Programm gefährden kann. Warum hier nachgereicht werden soll, ist nicht nachzuvollziehen – v. a. weil die Formulierung der schon vorliegenden Teile des Programms und seiner Umsetzung in sehr ambitionierten, kurzen Fristen erledigt wurde bzw. werden soll. Dieses Reformkonzept setzt die Tradition fort, nach der sich »Reformen« zuerst über die Verabschiedung neuer oder geänderter Gesetze definieren. Institutionelle Reformen oder effektivere Verwaltungsmethoden sollen erst später im Detail diskutiert werden. Dieser legalistische Ansatz birgt in sich aber das Risiko, in der Phase sich ständig ändernder Gesetze weniger statt mehr Planungssicherheit zu bieten. Die oft zeitlich parallel erarbeiteten Gesetzestexte resultieren fast zwangsläufig in Widersprüchen, und schließlich bleibt keine Zeit, die Gesetze nicht nur nach den Buchstaben, sondern auch nach der zugrundeliegenden Idee des Gesetzes in der täglichen Praxis umzusetzen.

Über den Autor

Matthias Morgner ist Experte für Verwaltungsreform und Berater in einem Projekt der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (gtz) zur Beratung des ukrainischen Finanzministeriums; Kontakt: matthias.morgner@gtz.de

Kann die Regierung von Mikola Asarow Ihrer Meinung nach die wirtschaftliche Lage in der Ukraine stabilisieren?

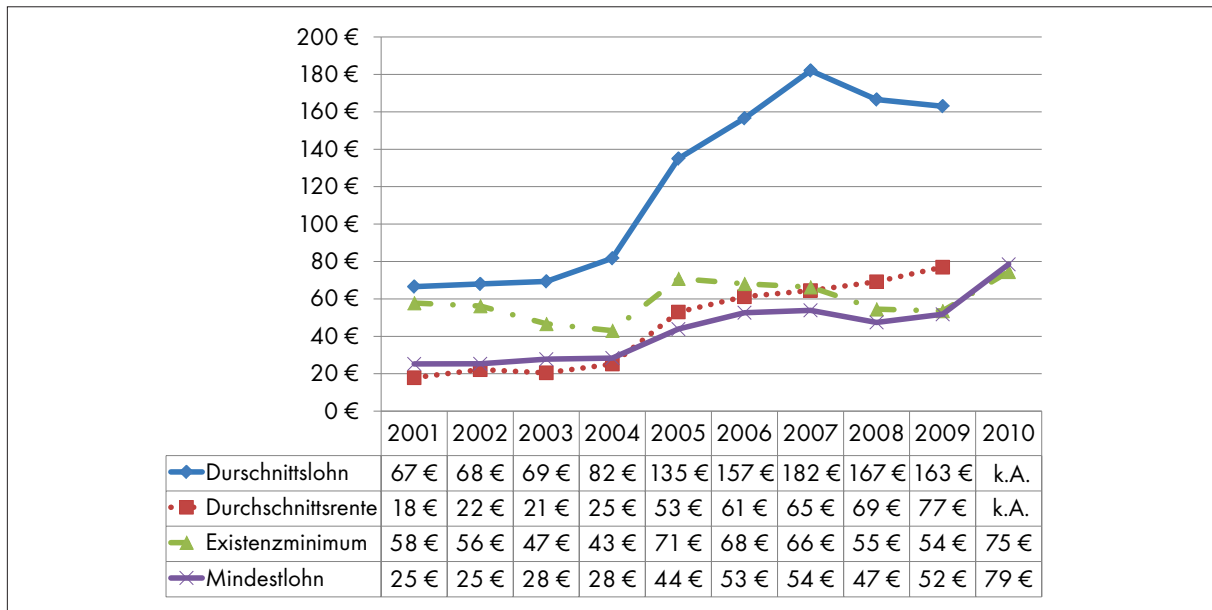


Quelle: repräsentative Umfrage des FOM Ukraina vom 12. bis 20. April 2010, http://bd.fom.ru/report/map/ukrain/ukrain_eo/du100430#Abs6

Statistik

Aktuelle Sozialdaten

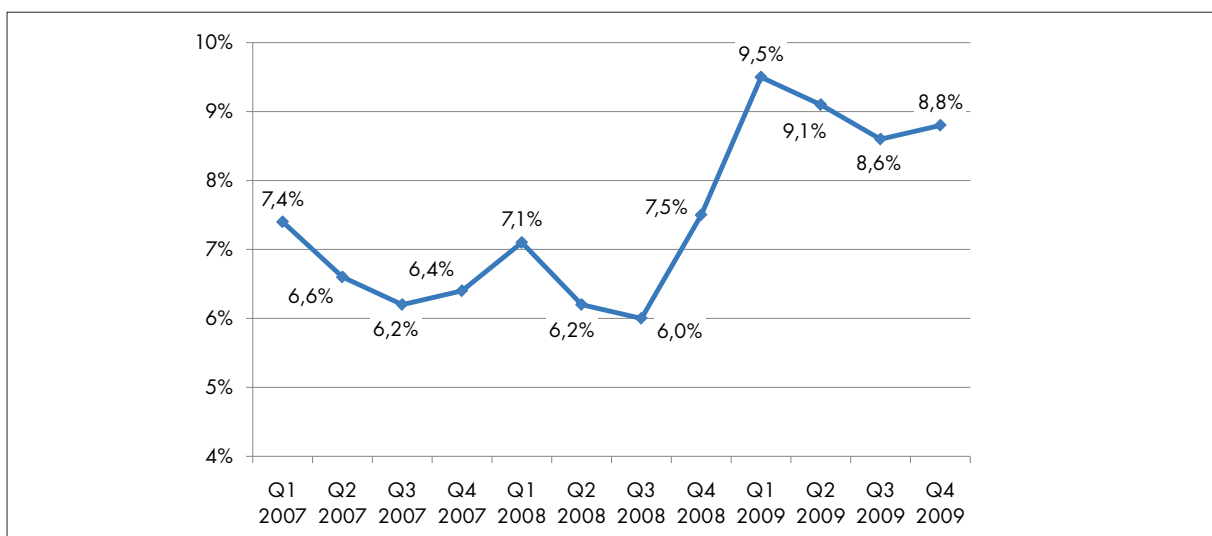
Monatlicher Durchschnittslohn, Durchschnittsrente, Existenzminimum und Mindestlohn in Euro 2001–2010



Anmerkung: Wert für Existenzminimum und Mindestlohn jeweils vom Beginn des Jahres. Das Existenzminimum soll bis Ende des Jahres auf 79 Euro und der Mindestlohn auf 83 Euro angehoben werden.

Quelle: Durchschnittslohn aus dem Statistischen Jahrbuch der Ukraine 2007 und vom Ukrainischen Statistikamt, www.ukrstat.gov.ua, Existenzminimum von <http://westua.net/blog.php?rid=566> und <http://trudovepravo.com.ua/progylkovyminimum>, Mindestlohn von Wikipedia, http://uk.wikipedia.org/wiki/%D0%9C%D1%96%D0%BD%D1%96%D0%BC%D0%B0%D0%BB%D1%8C%D0%BD%D0%BO_%D0%B7%D0%B0%D1%80%D0%BE%D0%B1%D1%96%D1%82%D0%BD%D0%BO_%D0%BF%D0%BB%D0%B0%D1%82%D0%BO

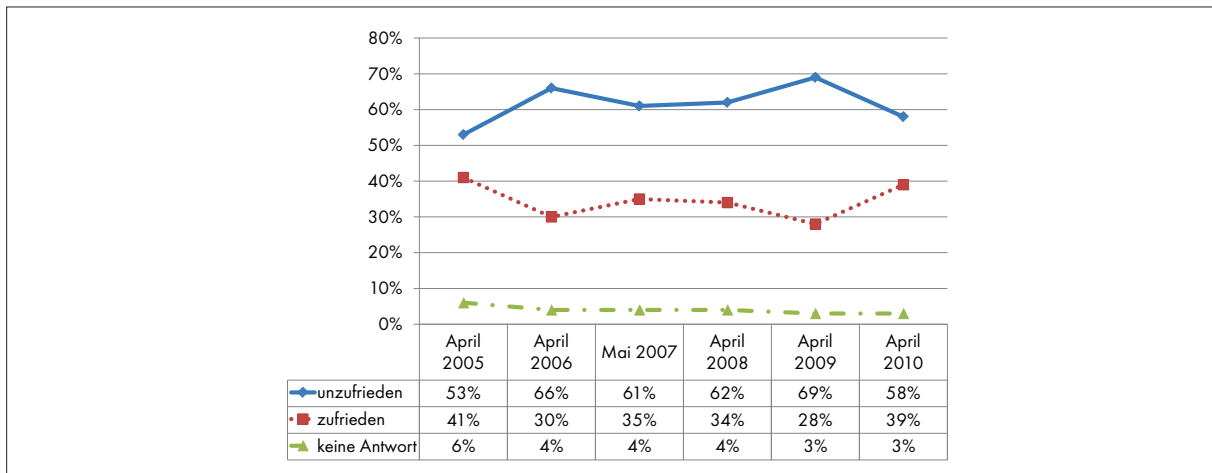
Arbeitslosenquote (ILO-Methode)



Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor 6/2010.

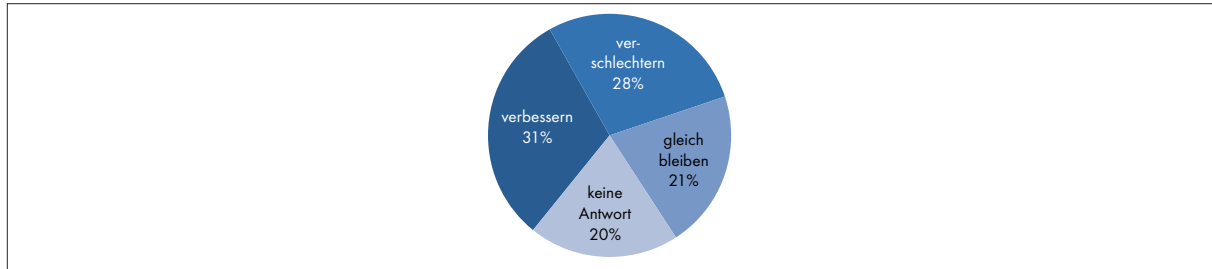
Umfragen zur Entwicklung der sozialen Lage

Wie zufrieden sind Sie mit dem Leben, das Sie führen?



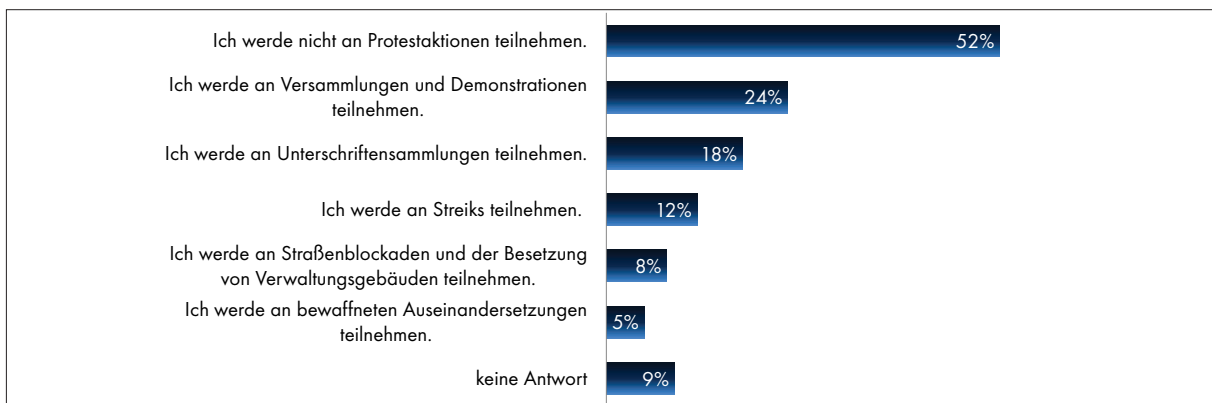
Quelle: repräsentative Umfragen der Research&Branding Group, <http://www.rb.com.ua/rus/politics/research/2010/6338.html>

Wird sich das Leben der einfachen Leute im kommenden Jahr verbessern, verschlechtern oder gleich bleiben?



Quelle: repräsentative Umfrage des FOM Ukraina vom 12. bis 20. April 2010, http://bd.fom.ru/report/map/ukrain/ukrain_eo/du100430#Abs6

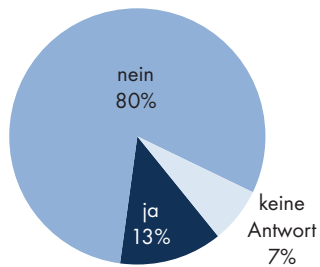
Werden Sie an Massenprotesten teilnehmen, wenn sich Ihr Leben verschlechtert? Wenn ja, an was für welchen?



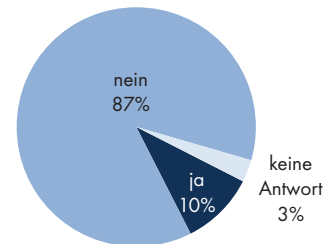
Quelle: repräsentative Umfrage des FOM Ukraina vom 12. bis 20. April 2010, http://bd.fom.ru/report/map/ukrain/ukrain_eo/du100430#Abs6

Sind Sie bereit, folgende unpopulären Maßnahmen der Regierung zu akzeptieren, damit das Land möglichst schnell aus der Krise geführt werden kann?

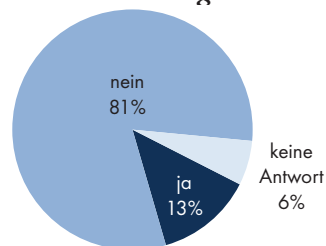
Erhöhung der Gaspreise



Erhöhung der Preise für kommunale Dienstleistungen

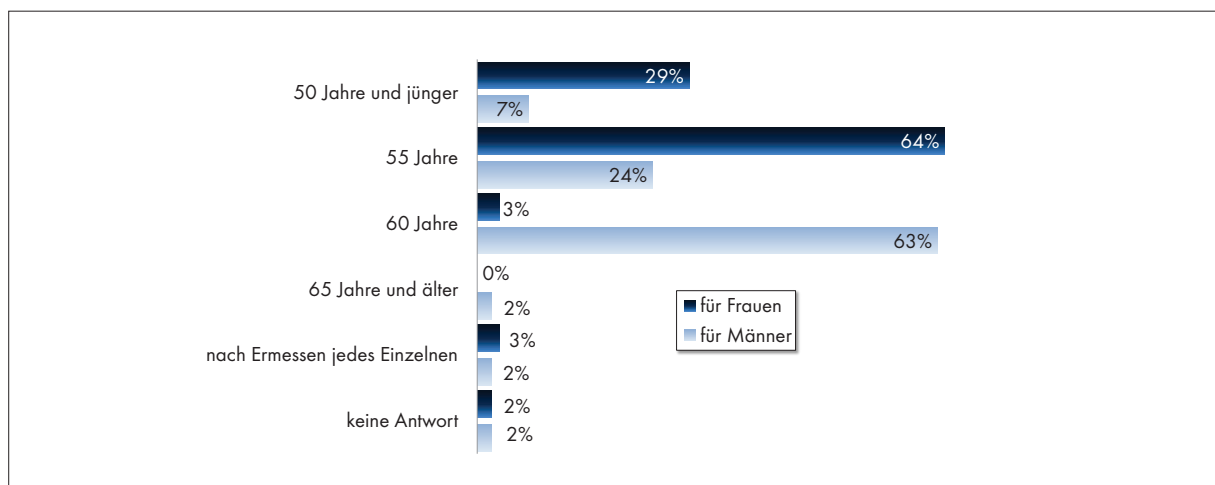


Aussetzung der Anhebung von Sozialleistungen



Quelle: repräsentative Umfrage des FOM Ukraina vom 12. bis 20. April 2010, http://bd.fom.ru/report/map/ukrain/ukrain_eo/du100430#Abs6

Derzeit wird in der Ukraine über die Anhebung des Rentenalters diskutiert. Wie hoch sollte es Ihrer Meinung nach für Männer und Frauen sein?



Quelle: repräsentative Umfrage des FOM Ukraina vom 12. bis 20. April 2010, http://bd.fom.ru/report/map/ukrain/ukrain_eo/du100430#Abs6

Chronik
Vom 8. bis zum 22. Juni 2010

8.6.2010	Das Kiewer Bezirksverwaltungsgericht entzieht den Sendern 5. Kanal und TVi ihre im Januar zusätzlich erhaltenen Sendefrequenzen. Die Betroffenen vermuten, dass Geheimdienstchef Valerij Chroshkowskij das Urteil erzwungen hat, um seinen Sender Inter zu begünstigen.
9.6.2010	Der ukrainische Energieminister Jurij Bojko und der Chef der russischen Atomenergiebehörde Sergej Kirijenko unterzeichnen ein Abkommen, nach dem Russland den Ausbau des Atomkraftwerks Chmelnyzki mit einem Kredit von mindestens 4,1 Mrd. Euro finanzieren wird. Kurz zuvor war ein Vertrag über die Belieferung von vier ukrainischen Atomkraftwerken mit ausschließlich russischem Kernbrennstoff geschlossen worden.
9.6.2010	Das Internationale Schiedsgericht in Stockholm verpflichtet den ukrainischen Gasversorger Naftohaz, dem ehemaligen Gaszwischenhändler Rosukrenergo, der unter der Regierung Timoschenko aus den russisch-ukrainischen Gasgeschäften ausgeschlossen worden war, 12 Mio. m ³ Gas zurückzugeben.
10.6.2010	Die staatliche russische Außenhandelsbank (VTB) leiht der Ukraine für ein halbes Jahr 2 Mrd. US-Dollar mit der Option auf eine dreimalige Verlängerung.
14.6.2010	Etwa 150 Menschen versammeln sich in Kiew, um gegen die anstehende Unterzeichnung eines am 3. Juni in erster Lesung bestätigten Gesetzes zur Einschränkung des Rechts auf Versammlungsfreiheit zu protestieren. In 11 weiteren Städten finden ebenfalls Demonstrationen statt. Die zweite Lesung wird daraufhin auf unbestimmte Zeit verschoben.
15.6.2010	In Luxemburg tagt der Rat für die Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der EU. Als höchste Vertreter nehmen Außenminister Mikola Asarow und die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton teil. Vorrangige Themen sind Menschenrechte, Medienfreiheit, und die demokratische Entwicklung der Ukraine.
15.6.2010	Präsident Viktor Janukowitsch ernennt den bisherigen Ersten Stellvertretenden Generalstaatsanwalt Serhij Winokurov zu einem der Verfassungsrichter. Entlassen wird dafür Jurij Nikitin, der 2008 von Präsident Viktor Juschtschenko eingesetzt worden war. Eine Woche später werden drei Verfassungsrichter vom Richterrat zeitweilig ihres Amtes enthoben, nachdem Parlamentspräsident Wolodimir Litwin erklärt hatte, diese Richter seien nicht rechtmäßig eingesetzt worden. In der Ukraine gibt es 18 Verfassungsrichter, wobei je 6 vom Präsidenten, vom Parlament und vom Richterrat ernannt werden.
17.6.2010	Das Parlament stimmt mit 247 von 450 Stimmen in erster Lesung für ein neues, von der Regierung vorgeschlagenes Steuergesetzbuch sowie mit 252 Stimmen für ein neues Haushaltsgesetzbuch (Budgetkodex). Zwei Tage zuvor war der Vorschlag einer Arbeitsgruppe um Mikola Katerintschuk von Unsere Ukraine zum Steuergesetzbuch abgelehnt worden. Serhij Soboljow vom Block Timoschenko hält den neuen Budgetkodex für verfassungswidrig, weil er die Kommunen in den Bankrott führe.
18.6.2010	Sechs weitere Abgeordnete von Unsere Ukraine wechseln zur Regierungskoalition, die nunmehr aus 256 Parlamentariern besteht.
20.6.2010	Ministerpräsident Mikola Asarow erklärt, dass es zu der vom russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin im April vorgeschlagenen Fusion von Gazprom und Naftogaz nicht kommen werde.
22.6.2010	Das Verfassungsgericht erklärt den Gesetzesvorschlag für die Abhaltung von Regionalwahlen im März 2011 für verfassungswidrig, insbesondere die darin enthaltene Verlängerung der Amtszeiten der Gemeinderäte und Bürgermeister. Kurz zuvor hatte der Leiter der Präsidialadministration, Serhij Ljowotschkin, erläutert, dass laut Verfassung die Wahlen spätestens am 31. Oktober 2010 stattfinden müssten.

Die Ukraine-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Lesehinweis

Polen-Analysen Nr. 72 zur Östlichen Partnerschaft der EU



In der neuesten Ausgabe der Polen-Analysen beschäftigt sich Cornelius Ochmann mit der Östlichen Partnerschaft und dem Einfluss, den u. a. die Entwicklungen in der Ukraine darauf haben. Des Weiteren wird eine Rede des polnischen Außenministers Radosław Sikorski zu den Grundzügen der Außenpolitik seines Landes dokumentiert, in der ebenfalls auf die Ukraine Bezug genommen wird.

Polen-Analysen Nr 72 vom 14.6.2010,

<http://www.laender-analysen.de/dlcounter/dlcounter.php?url=../polen/pdf/PolenAnalysen72.pdf>

Östliche Partnerschaft – Perspektiven einer europäischen Ostpolitik

Cornelius Ochmann, Berlin

Zusammenfassung

Nach der tragischen Flugzeugkatastrophe in Smolensk am 10. April 2010 ist es zu einem positiven Durchbruch in den polnisch-russischen Beziehungen gekommen. Die Anteilnahme der russischen Bevölkerung und Staatsführung an der Trauer der Polen bestätigte die bereits früher eingesetzte Annäherung der beiden Völker. Die politischen Folgen sind noch nicht absehbar, allerdings lassen sich einige Tendenzen erkennen. Am 24. Mai 2010 fand in Zoppot (Sopot) das informelle Treffen der Außenminister der Östlichen Partnerschaft statt, bei dem nach einjährigem Bestehen eine Bilanz gezogen wurde. Diese ist sehr mager ausgefallen. Außer der Gründung einer »Gruppe der Freunde der Östlichen Partnerschaft« wurden der Öffentlichkeit keine konkreten Fortschritte präsentiert. Am 5. Juni 2010 schlug Bundeskanzlerin Angela Merkel nach zehnstündigen Gesprächen mit dem russischen Präsidenten Dimitri Medwedew die Verstärkung der Kooperation im Bereich der Sicherheit zwischen der Europäischen Union und Russland vor. Auch in diesem Fall sind die Auswirkungen noch unklar. Im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung in den Nachbarstaaten der EU, d. h. in der Ukraine und in Belarus, stellt sich die Frage, ob die Östliche Partnerschaft die richtige Strategie für die Gestaltung einer europäischen Ostpolitik ist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladivostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de



Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de